

Von Töpfen und Geldern – oder ... Wer soll die Sozialkosten tragen?

Finanzausgleich für Gemeinden mit hohen Sozialkosten (Postulat Ziegler glp)

Soziallastenausgleich im Finanzausgleichsgesetz (PI)

(Christoph Ziegler)

Mit einem eigenen Vorstoss haben wir Grünliberale eine intensive Diskussion über die Sozialkosten angeregt.

Wir Grünliberalen erachten eine grundlegende Diskussion über die Sozialhilfe und allfällige Ausgleichsmechanismen als dringend nötig.

Der Finanzausgleich soll grosse Steuerfussunterschiede der einzelnen Gemeinden verhindern, indem er die unterschiedliche Steuerkraft bis zu einem gewissen Grade ausgleicht. Auch den unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Gemeinden soll Rechnung getragen werden mit Ausgleichszahlungen für Gemeinden mit ungünstiger Topographie oder einer kostenintensiven Altersstruktur.

So weit so gut; aber den wohl grössten Ausgabenfaktor, der von einer einzelnen Gemeinde nicht einmal beeinflusst werden kann, hat man nicht berücksichtigt: die Sozialausgaben!

Dabei entscheidet je länger je mehr die Höhe der Sozialausgaben darüber, ob eine Gemeinde den Steuerfuss senken kann oder die Steuereinnahmen erhöhen muss.

Der Anstieg der Sozialausgaben in einzelnen Gemeinden hat nichts mit Gemeindepolitik oder der Erledigung von Hausaufgaben zu tun – nein, er hängt ganz einfach von den sozioökonomischen Faktoren ab. Je mehr günstiger Wohnraum, desto mehr Sozialhilfeempfänger. Dazu kommt, dass die einen befehlen und die anderen bezahlen. Kanton und Bund geben nämlich vor, wieviel die einzelne Gemeinde bezahlen muss.

Die finanzielle Belastung in einzelnen Gemeinden ist wegen der unaufhörlich steigenden Sozialkosten untragbar geworden und die Schere zwischen den einzelnen Gemeinden hat sich weiter geöffnet. Deshalb muss gehandelt werden!

Dieses offen formulierte Postulat hätte die Gelegenheit geboten, in die Diskussion einzusteigen, wie ein solcher Ausgleichsmechanismus aussehen soll. Dabei ist durchaus zu diskutieren, ob der Gesamtkuchen der Entlastung grösser werden soll, oder ob die Gelder anders verteilt werden sollen. Wer finanzpolitisch denkt, sollte die Menge in den Töpfen im Auge behalten und nicht die Anzahl der Töpfe, aus denen geschöpft wird.

Der Rat war leider nicht bereit, unser Postulat zu überweisen, tat das aber mit einem inhaltlich ähnlich gelagerten Vorstoss der SP. Das Thema wird also weiter diskutiert werden.

Task Force Finanzausgleich (Jörg Mäder)

Im Übrigen ist die FDP mit einem Vorstoss gescheitert, welcher eine Task Force Finanzausgleich gefordert hatte. Sie hätte diesen aber besser gar nicht mehr vor den Rat gebracht, hatte doch der Initiator bei seiner Begründung der Dringlichkeit, die abgelehnt worden war gesagt: "Wenn wir nicht den Weg über die Dringlichkeit wählen, dann bringt es nichts, dann können wir gerade so gut zuwarten bis ins Jahr 2017." Dem ist nicht hinzuzufügen.

Und noch etwas wurde diskutiert: das Geschäft mit dem wohl längsten Titel... „Beschluss des Kantonsrates über die Kenntnisnahme der Jahresberichte und den Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2013 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, der Römischkatholischen Körperschaft und der Christkatholischen Kirchgemeinde sowie über die Kenntnisnahme der Jahresberichte 2013 der Israelitischen Cultusgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde“ und weil die meisten Votanten nur die Begrüßungsformel vortrugen und dann Danke sagten, haben wir gleich auf ein Votum verzichtet – hier ist das Zurückfragen in der Geschäftsprüfungskommission entscheidend und nicht die Absegnung des Geschäfts im Rat.